

HEDWIG LUTZ

■ FRAUEN IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN MUTTERSCHAFT UND ERWERBSTÄTIGKEIT

Familiäre Verpflichtungen beeinflussen die Erwerbsentscheidung von Frauen wesentlich stärker als jene von Männern. Aus der geschlechtsspezifischen Segmentierung der bezahlten und nicht-bezahlten Arbeit resultieren dabei Rahmenbedingungen, welche eine Schlechterstellung von Frauen im Erwerbsleben zur Folge haben. Diese Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern ist auch wegen der zu erwartenden demographischen Entwicklung bedenklich.

Entscheidungen über die Kinderzahl und über die Erwerbsbeteiligung fallen innerhalb eines komplexen Geflechts ökonomischer, sozialer und institutioneller Einflüsse. Die Politik wirkt in vielfältiger Weise direkt oder indirekt auf die individuelle Entscheidung ein und löst entsprechende Verhaltensanpassungen aus. Frauenpolitische, beschäftigungspolitische und familienpolitische Strategien, die explizit die Situation von Frauen und Männern zu beeinflussen versuchen, müssen deshalb auf ihre potentiellen Wachstumswirkungen und auf die Folgen für die Verteilung von Arbeit und Einkommen überprüft werden. Dazu bedarf es sowohl einer entsprechenden Datenbasis als auch adäquater Untersuchungsmethoden.

Ökonomische Ansätze können helfen, Verhaltensweisen zu erklären und mögliche – erwünschte und unerwünschte – Wirkungen aufzuzeigen. In Österreich liegt zwar eine Reihe von Indikatoren zur relativen Position von Frauen und Männern auf dem Erwerbsarbeitsmarkt und im Bereich der nichtbezahlten Arbeit vor. Das vorhandene ökonomische Wissen über die dahinter liegenden Wirkungszusammenhänge wurde bisher aber noch nicht ausreichend für die Entwicklung eines entsprechenden analytischen Untersuchungsinstrumentariums genutzt.

Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag einen wirtschaftswissenschaftlichen Zugang zur Geburtenentwicklung und zum Erwerbsverhalten von Müttern vor. Anschließend werden einige Mechanismen angeführt, die zur Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben beitragen. Dabei wird kein Anspruch auf eine vollständige Beschreibung aller relevanten Einflussfaktoren erhoben. Dies gilt insbesondere für jene Motive und Umstände, die sich einer ökonomischen Analyse entziehen.

Begutachtung: Alois Guger, Helmut
Mahringer, Christine Mayrhuber •
Wissenschaftliche Assistenz: Evelyn
Wanderer • E-Mail-Adresse:
Hedwig.Lutz@wifo.ac.at

HINTERGRUND: ZIEL DER STEIGERUNG DER ERWERBSBETEILIGUNG VON FRAUEN MIT KINDERN

Der Anstieg der Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten war – abgesehen von demographischen Faktoren wie dem Zuzug von Ausländern Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre – getragen von der steigenden Erwerbsneigung von Frauen mit Kindern. So erhöhte sich zwischen 1981 und 1997 die Erwerbsquote von verheirateten Frauen ohne Kinder um 6 Prozentpunkte, die Erwerbsquote der verheirateten Frauen mit Kindern unter 15 Jahren aber um 23 Prozentpunkte (Übersicht 2). Zugleich ging die Erwerbsbeteiligung der meisten anderen Bevölkerungsgruppen zurück¹⁾.

Trotz steigender Erwerbsneigung ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern nach wie vor deutlich niedriger als jene von Frauen ohne Kinder und vor allem als jene der Männer – unabhängig davon, ob diese Väter sind oder nicht. Auch unterscheidet sich die Qualität der Erwerbstätigkeit von Müttern und Nichtmüttern.

Die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes wurde immer kürzer. Sowohl die Verlagerung der ersten Geburt ins höhere Alter als auch der Rückgang der Zahl der Kinder pro Frau²⁾ begünstigten diese Entwicklung. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit der Frauen ging einher mit arbeitsangebotsseitigen Tendenzen wie der Verbesserung der Qualifikation (und damit der Verdienstmöglichkeiten)³⁾ und arbeitsnachfrageseitigen Einflüssen wie dem Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sowie der zunehmenden Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse und dem damit verbundenen Anstieg von Teilzeiterwerbsmöglichkeiten⁴⁾. Zusätzlich wird aus finanziellen

¹⁾ Längere Ausbildungswege von Jugendlichen und früherer Pensionzugang von Älteren.

²⁾ Zwischen 1989 und 1998 stieg das durchschnittliche Alter der Frau bei der ersten Geburt in Österreich um 2 Jahre auf rund 27 Jahre, die Gesamtfertilitätsrate sank von 1,44 auf 1,34 (Quelle: Statistik Österreich).

³⁾ Da höhere Qualifikationen knapper sind als niedrigere, werden sie höher entlohnt. Höherqualifizierte können zudem auch Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen ausfüllen. Durch die daraus resultierende Substitution – die Anhebung der Qualifikationsanforderungen für bestimmte Tätigkeiten – sinken die Verdienstchancen für Arbeitskräfte mit geringerer Ausbildung.

⁴⁾ Infolge der berufsbezogenen Segmentierung des Arbeitsmarktes sind Frauen häufiger in Dienstleistungsberufen tätig als Männer. Eine Steigerung der Nachfrage in diesem Bereich kommt ohne entsprechende Anpassung von Arbeitgebern und männlichen Arbeitskräften zunächst vor allem Frauen zugute. Der Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft ist von der Wirtschaft getragen (Expansion der unternehmensbezogenen Dienstleistungen), vom wachsenden Wohl-

Gründen das eigene Arbeitseinkommen für Frauen immer wichtiger, weil sowohl die Stabilität von Partnerschaften sinkt als auch – selbst bei langfristig stabilen Beziehungen – die Beschäftigungs- und Einkommensstabilität der Männer. Das traditionelle Modell der lebenslangen Versorgung, in dem die Frau höchstens als „Zuverdienerin“ das vom Mann erwirtschaftete Haushaltseinkommen aufbessert, wird zurückgedrängt. Die Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt hat deshalb für Frauen in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen.

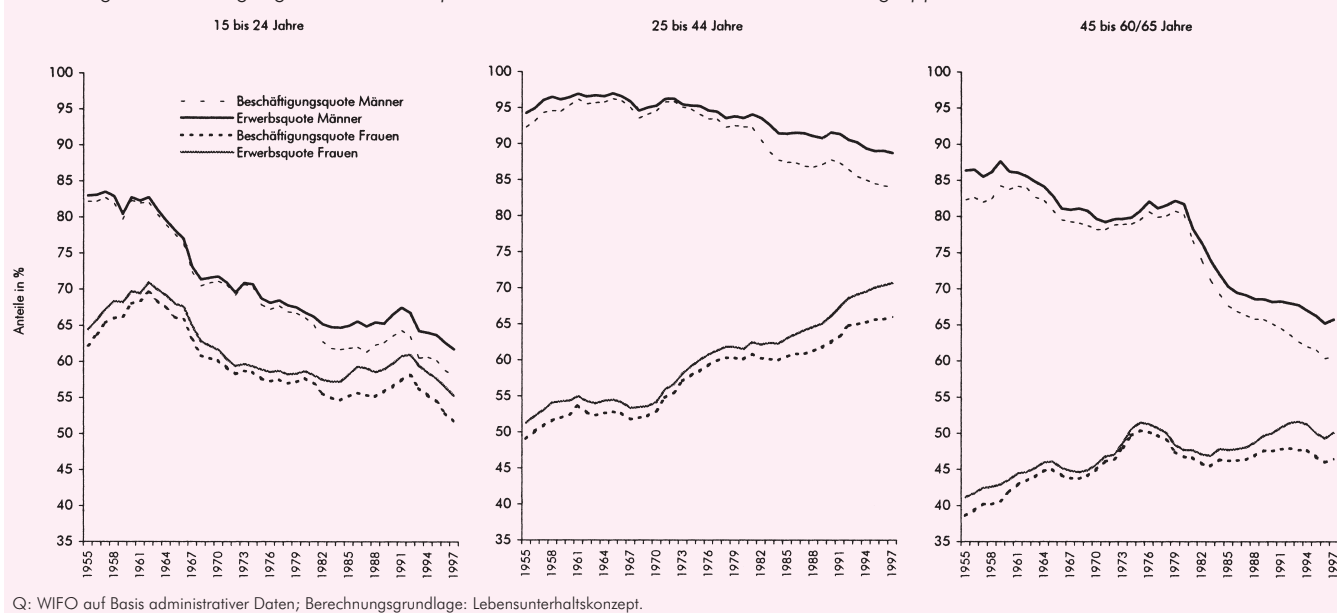
Für die nächsten Jahrzehnte wird mit einer zunehmenden Alterung nicht nur der gesamten Gesellschaft, sondern auch des Erwerbspotentials gerechnet. Die ökonomische Herausforderung liegt dabei in der Sicherung der Reproduktion des Arbeitsangebotes und von dessen Möglichkeit, inaktive Gruppen aller Altersklassen zu finanzieren. Für die produktive Bewältigung dieser Herausforderung sind der Aufbau, der Erhalt und die Weiterentwicklung des Humankapitals unverzichtbar. Dies setzt die effiziente Nutzung der Humanressourcen von Frauen voraus. Vor diesem Hintergrund ist auch die Säule IV der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU zu sehen, die der Schaffung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt gewidmet ist. Darin wird u. a. die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen als vorrangiges Ziel definiert.

Frauen sind mit verschiedenen – auch widersprüchlichen – Anforderungen konfrontiert. Sie sollen sowohl durch das Aufziehen von Kindern als auch durch ihre Erwerbsarbeit einen Beitrag zum Erhalt der Gesellschaft leisten.

Die Diskussion zur Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben wird vor dem Hintergrund eines langfristigen Rückgangs der Geburtenzahlen in den Industriestaaten geführt. Die Widersprüchlichkeit der Anforderungen an Frauen zeigen die Ergebnisse einer Befragung junger Österreicherinnen und Österreicher, die ein im internationalen Vergleich ausgeprägt traditionelles geschlechtsspezifisches Rollenverständnis zutage brachte (Fux – Pfeiffer, 1999, S. 79): Einerseits sollten nach 71% der Befragten beide Partner zum Haushaltseinkommen beitragen, und 75% finden die Erwerbstätigkeit für die Unabhängigkeit der Frauen wichtig. Andererseits meinen nur 55%, eine erwerbstätige Mutter sei eine gleich gute

stand (relative Zunahme der Nachfrage nach Gesundheits-, Bildungs- und Freizeit- bzw. Kulturangeboten) und vom Erwerbsverhalten bzw. den damit einhergehenden Konsumgewohnheiten der privaten Haushalte (Zunahme der Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen). So erhöht die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen gleichzeitig vor allem die Nachfrage nach Dienstleistungen (siehe Esping-Andersen, 1995).

Abbildung 1: Beschäftigungs- und Erwerbsquoten von Männern und Frauen nach Altersgruppen



Mutter wie eine nicht erwerbstätige, und 83% glauben, ein Kind im Vorschulalter würde unter der Erwerbstätigkeit der Mutter leiden.

AUSGEWÄHLTE ERKLÄRUNGSANSÄTZE FÜR DEN GEBURTENRÜCKGANG

Für den Rückgang der Fertilität ist eine Reihe von Faktoren ausschlaggebend, von denen einige allgemein erwünscht und damit auch wenig diskutiert sind: Die Sterblichkeit von Kindern, insbesondere von Säuglingen, sinkt, sodass die Überlebenswahrscheinlichkeit Lebendgeborener massiv steigt; deshalb müssen weniger Kinder zur Welt kommen, damit eine bestimmte Anzahl das Erwachsenenalter erreicht. Zur Gruppe der wenig umstrittenen Faktoren zählt auch die langfristige Verringerung der Bedeutung von Kindern als „Investitionsgut“ der Eltern: Mit dem Verbot der Kinderarbeit und dem Wandel von einer agrarischen zu einer Industriegesellschaft schwand die Bedeutung des Kindes als Arbeitskraft, gleichzeitig wurde mit der Einführung kollektiver Alterssicherungssysteme die entsprechende private Funktion des Kindes obsolet, wenn auch die Bedeutung der Kinder für die Alterssicherung in gesamtwirtschaftlicher Sicht erhalten blieb.

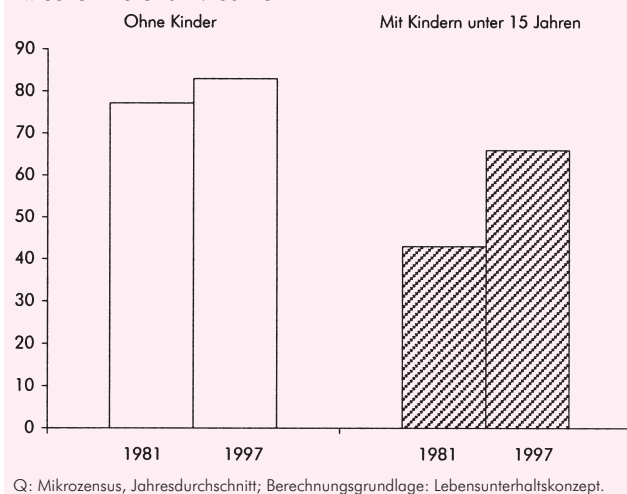
Die ökonomische Rolle des Kindes als Investitionsgut der Eltern wurde vor einigen Jahrzehnten durch einen Ansatz ersetzt, der das Kind als „dauerhaftes Konsumgut“ der Eltern betrachtet. Dieser Bedeutungswandel fiel in eine Zeit, die durch stetige Produktivitäts- und Realinkommenssteigerungen gekennzeichnet war⁵⁾.

⁵⁾ Gleichzeitig setzte ein Strukturwandel ein, der physische durch intellektuelle Fähigkeiten ersetzte.

STEIGENDE OPPORTUNITÄTSKOSTEN – KINDER ALS „DAUERHAFTES KONSUMGUT“ DER ELTERN

Entsprechend der ökonomischen Theorie müsste die Steigerung des Haushaltseinkommens – ceteris paribus – einen Anstieg der Kinderzahl bewirken, weil mit zunehmendem Einkommen mehr Konsumgüter erworben werden können. Dass die Fertilität jedoch sinkt, wird mit steigenden Opportunitätskosten und mit einer Änderung der relativen Preise bzw. der Nutzenfunktion begründet. Letzteres bezieht sich darauf, dass Eltern weniger auf die „Quantität“ der Kinder setzen, sondern zunehmend die „Qualität“ jedes einzelnen Kindes fördern. Die Erziehung eines Kindes wird damit immer teurer, weil es am Einkommenszuwachs der Eltern (zumindest) proportional beteiligt ist.

Abbildung 2: Erwerbsquoten von verheirateten Frauen zwischen 20 und 49 Jahren



Ausgangspunkt des theoretischen Erklärungsansatzes (Chicago-Schule; z. B. Becker, 1991) ist die individuelle Entscheidung über die Zeitverteilung zwischen Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit, als Nutzenmaximierung unter beschränkenden Rahmenbedingungen. Da die Kindererziehung relativ zeitintensiv ist, entsteht gleichzeitig ein Verdienstausfall in Höhe des entgangenen Erwerbseinkommens (Opportunitätskosten). Daher sinkt die Fertilität mit wachsenden Erwerbseinkommenschancen der Frauen. Dabei wird in der Regel der Substitutionseffekt höher angesetzt als der Einkommenseffekt⁶⁾. Dieser Ansatz ist einer Fülle von Kritik ausgesetzt, bietet aber dennoch wertvolle Hinweise auf das individuelle Verhalten und damit auf die Auswirkungen politischer Eingriffe.

So ist daraus abzuleiten, dass jener Partner mehr Zeit für die Kindererziehung aufbringt, der ein geringeres Einkommen erzielen würde. Zudem lässt eine Steigerung der Investitionen in Humankapital die Fertilität sinken – wenn das erzielbare (relative) Einkommen mit wachsendem Bildungsstand steigt. Dies hat weitreichende Konsequenzen: In einem System ohne öffentliche Eingriffe erreichen Kinder von Geringqualifizierten nämlich tendenziell selbst ein geringeres Qualifikationsniveau⁷⁾. Die Politik kann dieser Tendenz durch Steigerung der Qualifikationschancen der Kinder von Geringqualifizierter entgegenwirken⁸⁾.

Der statische Zugang von Becker lässt sich auf eine dynamische Perspektive erweitern. Die Rahmenbedingungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt herrschen und damit die Fertilitätsentscheidung beeinflussen, spielen aufgrund ihrer nachhaltigen Wirkung eine wesentliche Rolle für die Zukunft. So identifiziert Valerie Oppenheimer „ökonomische Zwänge“ als Grund für die Entscheidung gegen ein Kind und damit als Ursache für den Rückgang der Geburtenraten (Jacobsen, 1994, S. 183):

⁶⁾ Bei Veränderungen des Stundenverdienstes werden zwei entgegengesetzte Effekte wirksam – der Einkommenseffekt und der Substitutionseffekt. Der Einkommenseffekt beschreibt dabei die Tendenz zur Reduzierung des Arbeitseinsatzes, wenn aufgrund einer Zunahme des Stundenverdienstes dasselbe Einkommen mit geringerer Arbeitszeit erwirtschaftet werden kann. Der Substitutionseffekt berücksichtigt den Umstand, dass bei einem Anstieg der Arbeitsverdienste die Nichterwerbstätigkeit relativ teurer wird – der Nutzengewinn aus der Nichterwerbstätigkeit sinkt.

⁷⁾ Die Bedeutung des Verteilungsaspekts wird durch eine Studie von Fernandez – Rogerson (2000) unterstrichen, die für die USA eine zunehmende Schichtung der Gesellschaft feststellt. Diese schränkt die Partnerwahl ebenso wie die Berufswahl oder die Wahl des Wohnorts und damit alle sozialen Beziehungen und Referenz-Lebensstile auf abgegrenzte Segmente ein. Die Folge ist eine stärker schichtspezifische Wahrnehmung je nach Einkommen, Ausbildung, Vorlieben, Begabungen, Fähigkeiten und Ethnizität. Dies ist insofern relevant, als die verstärkte Segregation die Umverteilung reduziert, bestimmte Effekte und Dynamiken verstärkt und andere abschwächt. Auch dies hat einen Rückgang des Anteils von Kindern Höherqualifizierter in der Gesellschaft zur Folge.

⁸⁾ Damit könnte über die Reduzierung der relativen Qualifikationsknappheiten eine gleichmäßigere Einkommens- und Fertilitätsverteilung herbeigeführt werden.

Solche ökonomische Zwänge treten z. B. in Zeiten auf, in denen hohe Ausgaben (bzw. Einnahmenbeschränkungen) nicht verhindert werden können, wie bei der Haushaltsgründung oder bei längeren Ausbildungswegen. Zwischen dem angestrebten Lebensstil (dem Konsumniveau und dessen Zusammensetzung), den Kosten dieses Lebensstils und den verfügbaren ökonomischen Ressourcen kann ein Ungleichgewicht bestehen. Angesichts einer solchen Zwangslage passen Individuen ihr Verhalten an: Sie heiraten später oder gar nicht, bringen erst später und weniger Kinder zur Welt. Beeinflusst werden diese Entscheidungen von den Erwerbseinkommensmöglichkeiten, den sonstigen Einkommenschancen (z. B. Transfers), vom ererbten Wohlstand und vom sozial festgelegten Lebensstandard.

VON DER PRIVATHEIT ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG: KINDER ALS „INVESTITION“ DER GESELLSCHAFT

Als Gegenströmung zur vorherrschenden Chicago-Schule werden Kinder immer häufiger nicht nur als „Konsumgut“ der Eltern gesehen, sondern als „Investition“ der Gesellschaft (Kinder als Zukunft der zivilen Gesellschaft, als Stützen des künftigen politischen und ökonomischen Systems). Aufgrund der positiven externen Effekte ist den Eltern ein Teil der Kosten zu ersetzen⁹⁾. Dabei werden Fragen wie jene der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Generationen angesprochen (siehe Folbre, 1994) mit dem Vorwurf, auf Kosten künftiger Generationen zu leben (Staatsverschuldung und das hohe Ausmaß der Alterssicherung durch Kinder in einem Umlageverfahren ohne entsprechende Zukunftssicherung für die Kinder). Weitere Argumente beziehen sich auf die Ungleichverteilung der Belastungen und der ökonomischen Ressourcen (z. B. fehlende Anerkennung von Arbeit außerhalb des Erwerbsarbeitsmarktes – sei es Reproduktion, Betreuungs- und Pflegearbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit), die vor allem zulasten der Frauen gehe.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Argumenten liegen jedoch nicht in der Rückkehr zu alten Rollenmodellen, sondern in der Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung der Männer und des Marktes (mit und ohne Unterstützung der öffentlichen Hand) in die Kinderbetreuungs- und -erziehungsarbeit. Dabei werden verschiedene Aspekte hinterfragt – wieweit die Betreuung durch Dritte die Betreuung durch die Eltern substituieren kann, welche Abhängigkeiten innerhalb und zwischen Haushalten entstehen können und wie diese zu regeln sind, oder ob Frauen tatsächlich Gleichheit erlangen können, indem sie die langen Arbeitszeiten von Männern übernehmen und nicht vielmehr eine Reduzierung der Ar-

⁹⁾ Diese Entwicklung ging vom angelsächsischen Raum aus, in dem der Staat traditionell einen geringeren Beitrag leistet als in anderen europäischen Industriestaaten.

beitszeiten der Männer dem Ziel dienlicher wäre (vgl. *Dex – Joshi*, 1999, S. 642).

VERÄNDERUNG VON KOSTEN UND NUTZEN AUFGRUND DES WANDELS VON MACHTVER- HÄLTNISSEN UND SOZIALEN NORMEN

Haushaltsentscheidungen werden zunehmend nicht mehr als harmonische individuelle Nutzenmaximierung gesehen, sondern als Ergebnis eines Verhandlungsprozesses zwischen den Haushaltsmitgliedern, der auf kooperativem oder unkooperativem Verhalten beruht und unterschiedliche Machtverhältnisse innerhalb des Haushalts berücksichtigt.

In Entwicklungsländern etwa wünschen sich Frauen in der Regel weniger Kinder als Männer, weil vor allem sie die Last der Betreuung zu tragen haben. In den westlichen Industrieländern können Frauen ihre Interessen bereits besser artikulieren und durchsetzen (Geburtenkontrolle, finanzielle Unabhängigkeit). Aber auch die Neigung von Männern zur Zeugung von Kindern dürfte gesunken sein: Die sozialen Normen erfordern es nicht mehr, das eigene Selbstwertgefühl durch eine entsprechende Nachkommenschaft zu manifestieren. Die steigende Unabhängigkeit der Frauen macht es für Männer schwieriger, die Rolle des Familienoberhauptes und die damit verbundene innerfamiliäre Machtposition einzunehmen. Wenn gleichzeitig das emotionale und zeitliche Engagement der Männer gegenüber Kindern geringer ist als das der Frauen, sinkt der Anreiz für Männer, Kinder in die Welt zu setzen. Nicht zuletzt hat die zunehmende Destabilisierung von Beziehungen zur Folge, dass der Nutzen von Kindern für Männer sinkt (Trennung von den Kindern) und ihre Kosten steigen (Alimente).

DIE ERWERBSENTSCHEIDUNG VON FRAUEN MIT KINDERN

Aufgrund der geschlechtsspezifischen Rollen stellt sich für Frauen, wenn sie Mütter sind, viel nachdrücklicher die Frage, wie Beruf und private Betreuungspflichten bestmöglich zu vereinbaren sind, als für Männer, die Väter sind. Die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beschäftigung wird von der Politik (Mutterschutz und Karenz, Steuererleichterungen und Transferleistungen, Unterstützung der Kinderbetreuung), Unternehmensstrategien und -praktiken und der Organisation des Familienlebens beeinflusst. Zusätzlich wirken soziale Regeln über das angemessene Muster des Familienlebens auf die Entscheidung ein.

Der traditionelle wirtschaftswissenschaftliche Ansatz zur Untersuchung der Erwerbsentscheidung ist vergleichbar mit jenem zur Fertilitätsentscheidung. Daher werden an dieser Stelle jene Faktoren zusammenfassend skizziert, welche das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung beeinflus-

sen. Die Aufzählung und Diskussion der Einflussfaktoren beruht auf der umfassenden Arbeit von *Dex – Joshi* (1999).

Wenn eine Frau das Ausmaß ihrer Erwerbsbeteiligung zu einem bestimmten Zeitpunkt festlegt, berücksichtigt sie eine Vielzahl an Einflussfaktoren:

- Alter des (jüngsten) Kindes und Zahl der Kinder: Mit steigendem Alter eines Kindes sinkt der Betreuungsaufwand, weshalb die Erwerbsneigung steigt; gleichzeitig ist der Betreuungsaufwand umso geringer, je weniger Kinder eine Frau zu versorgen hat.
- Potentielles Erwerbseinkommen: Die ökonomische Theorie geht in der Regel von der Dominanz des Substitutionseffekts aus. Deshalb steigt die Erwerbsneigung mit dem erzielbaren Einkommen der Frau. Dieses hängt wiederum von ihrer Qualifikation, von der vorangegangenen Beschäftigungserfahrung, von der Art der Beschäftigung und von der Einkommensbesteuerung ab¹⁰⁾.
- Kosten der Kinderbetreuung: Je höhere Entgelte eine Frau für die Kinderbetreuung durch andere zu entrichten hat, umso geringer wird ihre Erwerbsbeteiligung sein. Diese Kosten reduzieren de facto das mit dem Arbeitseinsatz erwirtschaftete Einkommen. Sie sind demnach vor allem für jene hoch, die nicht auf Unterstützung innerhalb der Familie und aus dem Freundeskreis zählen können, sondern institutionelle Angebote nachfragen müssen. Beruht die Entscheidung der Eltern für die Kinderbetreuung jedoch hauptsächlich auf pädagogischen Überlegungen, so ist die Konsequenz für die Erwerbsneigung nicht eindeutig.
- Einkommenswirkung auf die Familienressourcen: Die Erwerbsneigung der Frauen sinkt mit steigendem Vermögen und mit der Höhe des Partnereinkommens. Gleichzeitig sinkt die Zahl der angebotenen Arbeitsstunden mit zunehmender Höhe von nicht bedarfsgeprüften Transferleistungen (wie Kinderbeihilfen). Ist der Partner arbeitslos, so sollte die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigen. Wenn die Arbeitslosenunterstützung jedoch bedarfsgeprüft ist und das Einkommen der Frau in die Berechnung einfließt, wie dies in Österreich für die Notstandshilfe gilt, ist eine dämpfende Wirkung auf die Erwerbsneigung möglich.
- Gesetzliche Rechte und Regelungen: Sie können z. B. bezahlte Karenzzeiten und das Recht auf Teilzeitarbeit bis zu einem gewissen Alter des Kindes betreffen. Je höher der Einkommensersatz ist, umso weniger Stunden wird eine Frau arbeiten. Zu berücksichtigen sind dabei einander verstärkende Einflussfaktoren: Die

¹⁰⁾ Etwa Individualbesteuerung im Gegensatz zur Haushaltsbesteuerung.

hohe Inanspruchnahme der vorhandenen Karenzmöglichkeiten senkt die Nachfrage nach institutioneller Kinderbetreuung. Daraus folgt ein tendenziell geringeres Angebot an Betreuungseinrichtungen, was Frauen wiederum zur Ausschöpfung der Karenz zwingt.

- Stabilität von Ehen: Je instabiler Beziehungen eingeschätzt werden bzw. je höher die Wahrscheinlichkeit gesehen wird, nicht lebenslang am Einkommen und den Rechten des Partners partizipieren zu können, umso höher wird die Erwerbsbeteiligung sein.
- Verteilung der Reproduktionsarbeit: Die Entscheidung der Frau wird auch von ihren Erwartungen über den Beitrag ihres Partners zur Hausarbeit beeinflusst. Diese Erwartungen sind abhängig von seiner Produktivität in der Kinderbetreuung und Haushaltsproduktion, seinem Lohn und dem Nutzen, den er aus Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit zieht.
- Investitionsvariable: Die Notwendigkeit der Rückzahlung von Krediten für Investitionen, z. B. Wohnraumbeschaffung oder Ausbildung, erhöht die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Bereits finanzierte Investitionen in Sach- oder Finanzkapital senken aufgrund der Vermögenserträge die Erwerbsbeteiligung. Im Bereich der Akkumulation und Erhaltung von Humankapital hängt die Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung vom erzielbaren künftigen Einkommen ab (Erwerbseinkommen und Pensionshöhe).
- Entwicklung der Struktur der Arbeitskräftenachfrage (z. B. Arbeitszeiten oder Qualifikationen): Die Arbeitskräftenachfrage und das -angebot beeinflussen einander gegenseitig. So haben Veränderungen der Wirtschafts- und Berufsstruktur und ihrer geschlechtsspezifischen Segregation Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf dem Frauen und Männer ihre Arbeitskraft anbieten. Andererseits reagieren Unternehmen mit der Qualität der angebotenen Stellen auf ihre Einschätzung zum Arbeitskräfteangebot (Zunahme von Wochenendarbeit, geringfügiger Beschäftigung und Teilzeit vor allem von Frauen, Abnahme der Einkommenssicherheit und der Beschäftigungschancen für Männer).
- Werte und Präferenzen: Nicht zuletzt wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen von ihren individuellen Werten und Präferenzen abhängen. Diese sind ein Produkt der früheren und derzeitigen Rahmenbedingungen (Werte des Partners, des sonstigen sozialen Umfelds). So steigt die Erwerbsneigung von Frauen, je mehr andere Frauen im relevanten Umfeld erwerbstätig sind¹¹⁾.

¹¹⁾ Nach Neumark – Postlewaite (1998) sinkt in den USA in einem Referenzsystem, in dem die Erwerbsbeteiligung von Frauen hoch ist, die individuelle Erwerbsneigung einer Frau mit der Höhe des Partneereinkommens. Dagegen steigt die Erwerbsneigung einer Frau, deren Part-

NACH WIE VOR SCHLECHTERSTELLUNG VON FRAUEN AUF DEM ERWERBSARBEITSMARKT

Die unter den gegebenen Rahmenbedingungen von Frauen und Männern, von Müttern und Vätern, Nichtmüttern und Nichtvätern getroffenen Entscheidungen ergeben in Summe ein Bild, das nach wie vor eine Schlechterstellung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt widerspiegelt.

Eine Vielzahl empirischer Indikatoren belegt eine Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern: Ihre Beschäftigungsquote ist niedriger, ihre Arbeitslosenquote ist höher, ihre Arbeitsverdienste sind oftmals geringer. Sie sind in höheren hierarchischen Positionen unterrepräsentiert, der gesellschaftliche Stellenwert hauptsächlich von Frauen erbrachter Arbeit ist niedriger, atypische Beschäftigungsverhältnisse sind auf Frauen konzentriert. Unter den Frauen ist der Anteil von Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung höher, das Verarmungsrisiko von Frauen ist größer, und die eigenständige soziale Absicherung fehlt häufig oder ist gering (Ruberly – Fagan, 1998).

Die geschlechtsspezifische Segregation im Erwerbsleben und im Privatleben verschlechtert die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und fördert in einer Generationenperspektive die Reproduktion von Benachteiligung.

Dass Frauen schwieriger eine Beschäftigung finden als Männer – unabhängig von der Qualität des Arbeitsverhältnisses –, zeigt sich bereits in der Ersteintrittsphase von Mädchen und Burschen in das Berufsleben. Die Ausbildungswege von Mädchen sind in hohem Maße von geschlechtsspezifischer Segregation geprägt. Mädchen absolvieren seltener als Burschen eine Lehre und häufiger mittlere und höhere Schulen. Wenn ihre Ausbildung über das duale System erfolgt, konzentrieren sich Mädchen auf wenige, traditionell weibliche Berufe. Ebenso ist das weiterführende Bildungssystem durch „bleibende geschlechtsspezifische Unterschiede nach Fachrichtungen“ (Bauer – Lassnigg, 1997, S. 20) gekennzeichnet. Die Streuung der Burschen über die Berufssparten ist wesentlich breiter. Die höhere Schulbeteiligung von Mädchen kann daher auch aus fehlenden

ner relativ wenig verdient, wenn die Erwerbsbeteiligung von Frauen im relevanten sozialen Umfeld gering ist. Die Ursache liegt darin, dass im ersten Fall eine Frau durch mehr Erwerbsarbeit die relative Einkommensposition des Haushalts nicht verbessern kann, im zweiten Fall sehr wohl. Dahinter steht die Annahme, Frauen und Männer mit annähernd gleichen (relativen) Einkommenschancen würden eher eine Partnerschaft eingehen als Frauen und Männer mit unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten.

Möglichkeiten und Perspektiven im dualen Ausbildungssystem resultieren. So waren trotz der höheren Schulbesuchsquote nach der Pflichtschule 1999 53% der in Österreich beim AMS vorgemerkten Lehrstellensuchenden Mädchen.

Die zeitliche Verlagerung des beruflichen Einstiegs kommt den Mädchen aber nur dann zugute, wenn die längeren Ausbildungswege tatsächlich eine Verbesserung der künftigen beruflichen Positionierung zur Folge haben. Für wesentlich mehr junge Frauen als junge Männer gestaltet sich der Berufseinstieg jedoch schwierig: 57% aller beim AMS registrierten Arbeitslosen unter 25 Jahren mit einer Vormerkdauer von mindestens 6 Monaten waren 1999 weiblich.

Eine der wesentlichen Ursachen für die Schlechterstellung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt liegt im traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverständnis und seinen Konsequenzen für das Verhalten, die Interessen und die Machtverhältnisse von Frauen und Männern. Frauen leisten relativ mehr Arbeit außerhalb des Beschäftigungssystems¹²⁾. Sie müssen daher berufliche und außerberufliche Verpflichtungen bestmöglich aufeinander abstimmen. Deshalb wählen sie eher Berufe und Arbeitsbereiche, in denen Unterbrechungen weniger Nachteile mit sich bringen oder mehr Teilzeitmöglichkeiten angeboten werden¹³⁾. In einem Arbeitssystem, das vom Bild der durchgängigen Vollzeitbeschäftigung als normaler Erwerbsbiographie ausgeht, folgen daraus vielfach die relativ geringere Integration von Frauen in die Stammbesellschaft von Unternehmen, niedrigere Entlohnung und geringere Aufstiegschancen.

Viele Frauenberufe erweisen sich deshalb als „Sackgasenberufe“. Die geschlechtsspezifische Zuordnung von Berufen wird vielfach mit dem vorgeblich spezifisch „weiblichen Arbeitsvermögen“ begründet. Dass die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes damit nicht zu erklären ist, zeigt allein der Wandel der Geschlechtszuordnungen über die Zeit: Viele heute typische Frauenberufe waren früher Männerberufe wie z. B. Sekretärin oder Friseurin. Obwohl es oftmals den Anschein hat, die Teilung des Arbeitsmarktes sei eine Folge geschlechtsspezifischer unterschiedlicher Fähigkeiten und Vorlieben, sind daher im Wesentlichen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Normvorstellungen Ur-

¹²⁾ Frauen leisten 70% der unbezahlten Haus- und Familienarbeit und 35% der Erwerbsarbeit. Insgesamt werden damit 55% der Gesamtarbeitsstunden von Frauen erbracht. Dagegen lukrieren Männer 68% der Faktoreinkommen laut BIP, Frauen lediglich 32%. Nach den Berechnungen von Franz (1996) würden bei entsprechender Honorierung der Hausarbeit Frauen zwischen 45% (Minimalvariante) und 55% der Faktoreinkommen (Maximalvariante) zustehen.

¹³⁾ So haben etwa in Österreich Universitätsabsolventinnen im öffentlichen Dienst häufiger Kinder als in der Privatwirtschaft (WIFO-Berechnungen auf Basis des Mikrozensus vom September 1997): In der Altersgruppe der 31- bis 40-jährigen verheirateten Frauen betragen die entsprechenden Anteile rund 49% bzw. 36%.

sache der unterschiedlichen beruflichen Positionierung von Frauen und Männern.

Die verschiedenen Formen der Benachteiligung von Frauen in Hinblick auf ihre Integration in das Beschäftigungssystem bringen Nachteile für die Gesamtwirtschaft mit sich.

Die geschlechtsspezifische berufliche Segmentation einerseits und die Konzentration von Teilzeitbeschäftigung, atypischer Beschäftigung und betreuungsbedingten Unterbrechungen auf Frauen andererseits unterstützen wiederum die Entscheidung von Unternehmen zugunsten von Männern bei der Rekrutierung in bestimmten Berufsfeldern oder für bestimmte höhere Positionen. Da Unternehmen die tatsächliche Leistungsfähigkeit von Stellenbewerbern nicht kennen, dient das Geschlecht als (kostengünstiges, aber nicht unbedingt zutreffendes) Signal für die vermutete Leistungsfähigkeit. Die Folge ist eine (zumindest) statistische Diskriminierung. Diese äußert sich einerseits in geringeren Beschäftigungschancen von Frauen in manchen Berufsbereichen, andererseits in relativ höheren Löhnen, welche die Unternehmen an die männliche Belegschaft leisten müssen¹⁴⁾.

Solche unternehmerische Strategien hindern Frauen aufgrund der mangelnden Erfolgchancen wiederum daran, sich um geschlechtsspezifisch nichttraditionelle Arbeitsplätze oder um höhere hierarchische Positionen zu bemühen. Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die tendenziell ineffiziente Allokation von Humanressourcen werden daher reproduziert¹⁵⁾.

Werden Individuen entsprechend ihrer tatsächlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten qualifiziert und können sie ihren Bedürfnissen entsprechend ihre Arbeitskraft anbieten, so steigen die Beschäftigungsoptionen für die Einzelnen sowie die Zahl der potentiellen Bewerber um

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung brachte Frauen Mehrfachbelastung, aber kaum Entlastung durch den Partner im Bereich der unbezahlten Arbeit.

offene Stellen für die Betriebe. Die Grundgesamtheit der potentiellen Arbeitskräfte ist nicht mehr auf die jeweilige Hälfte der Bevölkerung beschränkt. Dies bedingt wiederum Lohn- und Beschäftigungseffekte, welche der Gesamtwirtschaft von Nutzen sind.

¹⁴⁾ Esping-Andersen (1995) etwa verweist darauf, dass aufgrund der Persistenz der traditionellen Versorgungsebene in europäischen Arbeitsmarktinstitutionen das Lohnniveau von Männern zum Erhalt einer ganzen Familie reichen muss.

¹⁵⁾ Je mehr Frauen zudem von entscheidenden Positionen im Erwerbsleben ausgeschlossen sind, umso stärker ist das Erwerbssystem an von Männern formulierten Leitbildern orientiert, umso geringer sind die Chancen von Frauen, ihre Standpunkte und Interessen einzubringen.

Übersicht 1: Arbeitsmarktstatus von Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren

1996

	Geringe Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
	Anteile in %		
Mütter (Kinder unter 15 Jahren)			
Vollzeitarbeit	33,0	38,9	55,8
Teilzeitarbeit	24,8	30,1	27,1
Arbeitslos	4,9	3,8	–
Inaktiv	37,2	27,2	14,4
Nichtmütter			
Vollzeitarbeit	52,1	61,9	76,8
Teilzeitarbeit	19,0	18,2	14,8
Arbeitslos	3,5	3,1	–
Inaktiv	25,4	16,8	7,7

Q: Rubery – Fagan (1998).

Trotz zunehmender Erwerbsbeteiligung von Frauen und trotz Generationenwechsel steigt das Engagement von Männern in der Kindererziehung und im Haushalt kaum (Faßmann, 1995). Dabei verfestigen die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, verstärkt durch senioritätsorientierte Entlohnungsschemata für Angestellte und durch einkommensunabhängige Transferleistungen (Karenzgeld), die privaten Rollenzuweisungen weiter: Selbst wenn Männer sich ebenso in der Kindererziehung engagieren wollen wie Frauen, können sich die Haushalte den daraus resultierenden Einkommensausfall aufgrund der zumeist höheren Arbeitsverdienste des Mannes nicht leisten. So gehen die Männer nach Geburt eines Kindes weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nach – und sie dehnen sie oftmals sogar zeitlich aus (weil zusätzliches Einkommen gebraucht wird), während die Frauen die Betreuungsarbeit übernehmen. Damit wachsen aufgrund der nicht den Bedürfnissen von Eltern entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen Paare auch ungewollt und zwangsläufig in die traditionelle geschlechtsspezifische Rollenaufteilung hinein. Empirisch lässt sich die Schwierigkeit des Übergangs von einem Paar-Haushalt zu einem Haushalt mit Kindern damit illustrieren, dass laut Mikrozensus vom September 1997 verheiratete Männer mit einem Kind häufiger regelmäßig Überstunden leisten (41%) als kinderlose Ehemänner oder Väter mit mehr als einem Kind (jeweils rund 36%)¹⁶⁾. Das mittlere Personen- und Haushaltseinkommen jener, die regelmäßig Überstunden leisten, ist dabei höher als das der Haushalte ohne regelmäßige Überstunden des Mannes.

Besonders einschneidend für die weitere berufliche Laufbahn der Frau ist dieser Umstand dann, wenn sie aufgrund ihrer Betreuungsarbeit die Erwerbstätigkeit längere Zeit unterbrechen muss. Für die mangelnde Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Verpflichtungen sind sowohl ein ungenügendes qualitatives und quanti-

¹⁶⁾ WIFO-Berechnungen aufgrund der Individualdaten des Mikrozensus vom September 1997; Basis: verheiratete unselbständig erwerbstätige Männer zwischen 31 und 40 Jahren (Haushaltsvorstand bzw. Ehepartner des Haushaltsvorstands).

tatives Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen als auch die Starrheiten der Arbeitsorganisation und -institutionen verantwortlich.

Mutterschaft bedeutet Abstriche im Erwerbsleben – sowohl in Bezug auf die Arbeitszeit als auch in Bezug auf Entlohnung oder Aufstiegschancen. Dabei reduzieren höherqualifizierte Frauen mit Kindern ihre Erwerbstätigkeit weniger als Frauen mit niedrigerer Qualifikation.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt mit dem Ausbildungsniveau (Übersicht 1) und sinkt mit der Zahl der Kinder. Die Erwerbsquote von verheirateten Frauen mit einem Kind ist insgesamt um rund 12 Prozentpunkte niedriger als jene von Frauen ohne Kinder, und sie ist für Frauen mit zwei Kindern nochmals um 10 Prozentpunkte niedriger¹⁷⁾.

Im Hinblick auf die Arbeitszeit von Frauen mit Kindern ergibt sich mit zunehmender Kinderzahl eine wachsende Polarisierung: Der Anteil jener Frauen, deren Normalarbeitszeit 40 Stunden und mehr beträgt, nimmt zu (unter den Absolventinnen von Pflichtschulen und Hochschulen bereits zwischen den Müttern von einem und von zwei Kindern). Gleichzeitig steigt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit weniger als 35 Arbeitsstunden pro Woche.

Frauen müssen häufiger eine berufliche Mobilität „nach unten“ oder eine Einschränkung der Aufstiegsmöglichkeiten in Kauf nehmen, um Mutterschaft und Beruf zu vereinbaren. Dies gilt für Teilzeitbeschäftigte noch häufiger als für Vollzeitbeschäftigte: Einerseits werden Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen häufiger in Teilzeit angeboten, andererseits schränkt der Umstand der Teilzeitbeschäftigung die Aufstiegsmöglichkeiten ein. Zudem sind Teilzeitangebote zwischen den Branchen ungleich verteilt (größeres Angebot an Teilzeitbeschäftigung in Wirtschaftsklassen mit niedrigen Löhnen).

Nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit können verschiedene Ursachen – in unterschiedlichem Ausmaß – einen beruflichen Abstieg auslösen: der tatsächliche Verlust von Humankapital durch Verlernen, Veränderungen der Arbeitsbedingungen und -anforderungen, die bei fehlender Fortbildung eine Entwertung der vorhandenen Fähigkeiten bewirken, und betreuungsbedingte Beschränkungen, die Frauen daran hindern, ihre beruflichen Fähigkeiten zu entfalten.

Die Kosten der Mutterschaft werden anhand der Verteilung der Tätigkeitsbereiche von verheirateten Frauen zwischen 31 und 40 Jahren mit unterschiedlicher Ausbil-

¹⁷⁾ WIFO-Berechnungen auf Grundlage der Individualdaten des Mikrozensus vom September 1999; Basis: unselbständig erwerbstätige verheiratete Frauen zwischen 31 und 40 Jahren.

Übersicht 2: Verheiratete Frauen zwischen 31 und 40 Jahren nach Ausbildung und Tätigkeitsbereich

1997

	Unselbständig Beschäftigte		Beschäftigte	
	Ohne Kind 20 bis 35 Stunden	Mit Kind 36 und mehr Stunden	20 bis 35 Stunden	Mit Kind 36 und mehr Stunden
	Anteile in %			
<i>Pflichtschule</i>				
Reverenzniveau: Hilfstätigkeit	30,5	36,3	41,2	41,3
Geringere Anforderungen	–	–	–	–
Höhere Anforderungen	69,5	63,7	58,8	58,7
<i>Lehre, Mittlere Schule</i>				
Reverenzniveau: Gelernte Tätigkeit	45,8	29,8	31,5	33,8
Geringere Anforderungen	35,6	21,3	34,5	27,7
Höhere Anforderungen	18,6	48,9	34,0	38,5
<i>Universität</i>				
Referenzniveau: Hochqualifizierter oder führender Tätigkeitsbereich	78,8	39,2	44,6	24,6
Geringere Anforderungen	21,2	60,8	55,4	75,4
Höhere Anforderungen	–	–	–	–

Q: WIFO-Berechnungen auf Basis des Mikrozensus vom September 1997.

derung ersichtlich. Für die Ausbildungsstufe der absolvierten Lehre oder mittleren Schule kann etwa die Ausübung einer Facharbeiter- oder gelernten Tätigkeit als Referenzniveau herangezogen werden. Während 49% der betreffenden Frauen ohne Kinder eine Tätigkeit mit höheren Qualifikationsanforderungen ausüben, trifft dies lediglich auf 39% der Frauen mit Kindern zu. Umgekehrt sind 28% der Mütter und 21% der Nichtmütter in niedriger eingestufteten Tätigkeitsbereichen beschäftigt. Unter teilzeitbeschäftigten Müttern (20 bis 35 Arbeitsstunden pro Woche) erreicht der Anteil der Funktionen mit geringeren Qualifikationsanforderungen 35%, unter Teilzeitbeschäftigten mit weniger als 20 Stunden 54%¹⁸⁾.

Vollzeitbeschäftigte Akademikerinnen zwischen 31 und 40 Jahren sind zu rund 39% in hochqualifizierten oder führenden Positionen tätig, wenn sie keine Kinder haben, aber lediglich zu 25%, wenn sie Mütter sind. Auch der Anteil teilzeitbeschäftigter Mütter ist unter den Akademikerinnen niedrig: Nur 28% der unselbständig beschäftigten Frauen mit Kindern arbeiten weniger als 36 Stunden pro Woche. Eine Teilzeitbeschäftigung dürften sie häufiger nur dann eingehen, wenn sie bereits eine gesicherte berufliche Position erreicht haben: 45% der teilzeitbeschäftigten Akademikerinnen mit Kindern und 79% der Frauen ohne Kinder sind in hochqualifizierten und führenden Positionen tätig.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU ist die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen als Ziel for-

¹⁸⁾ 41% der betreffenden Frauen mit Kindern arbeiten 20 bis 35 Stunden, 11% weniger als 20 Stunden. Unter Frauen ohne Kinder ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten deutlich niedriger (16% bzw. 1%); der Anteil der „unterqualifizierten“ Tätigkeiten ist unter Frauen ohne Kinder gleich hoch wie unter Frauen mit Kindern (WIFO-Berechnungen auf Grundlage des Mikrozensus vom September 1997).

muliert. Die Erreichung dieses Ziels ist auch wegen der künftigen demographischen Entwicklung bedeutsam: Zur Bewältigung der Herausforderung einer Alterung der Bevölkerung sind der Aufbau, der Erhalt und die Weiterentwicklung der Humanressourcen unverzichtbar. Dies setzt die effiziente Nutzung des Humankapitals von Frauen voraus.

In den letzten Jahrzehnten machte hauptsächlich die steigende Erwerbsneigung von Frauen mit Kindern Beschäftigungssteigerungen möglich. Dagegen sank die Erwerbsbeteiligung der meisten anderen Gruppen: jene der Jugendlichen wegen des Trends zu längeren Ausbildungswegen, jene der Älteren wegen der wachsenden Bedeutung der Frühpension.

Entscheidungen über die Geburt eines Kindes und über das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung fallen innerhalb eines komplexen Geflechts ökonomischer, sozialer und institutioneller Einflüsse. Familiäre Verpflichtungen beeinflussen die Erwerbsentscheidung von Frauen wesentlich stärker als jene von Männern. Aus der geschlechtsspezifischen Segmentierung der bezahlten und nichtbezahlten Arbeit resultieren dabei Rahmenbedingungen, welche eine Schlechterstellung von Frauen gegenüber Männern im Erwerbsleben und eine ineffiziente Allokation der Ressourcen zur Folge haben.

Sollen Anreize zur Steigerung der Frauenberufstätigkeit gesetzt werden, so gilt es jene Mechanismen zu berücksichtigen, die derzeit eine relative Schlechterstellung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt bewirken. Diese beeinflussen sowohl die Entscheidung von Frauen darüber, ein (weiteres) Kind in die Welt zu setzen, als auch das Ausmaß und die Struktur der Erwerbsbeteiligung von Müttern.

Eine effektive und effiziente Politik zur Schaffung von Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbs- und Privatleben muss daher die verschiedenen potentiellen Einflüsse, Akteure und deren Reaktionen berücksichtigen und sich der wirtschaftlichen Wachstumsaspekte unterschiedlicher Strategien bewusst sein, ohne Verteilungsaspekte aus den Augen zu verlieren. Auch für die Wirtschaftsforschung in Österreich bleibt dabei noch viel zu tun.

LITERATURHINWEISE

- Altman, M., „A Theory of Population Growth When Women Really Count“, *Kyklos*, 1999, 52, S. 27-44.
- Bauer, A., Lassnigg, L., „Geschlechtsspezifische Unterschiede im österreichischen Bildungswesen“, in Lassnigg, L., Paseke, A. (Hrsg.), *Schule weiblich – Schule männlich. Zum Geschlechterverhältnis im Bildungswesen*, StudienVerlag, Innsbruck-Wien, 1997.
- Becker, G.-S., *A Treatise on the Family*, Harvard University Press, Cambridge-London, 1991.
- Biffi, G., „Towards a Social Reproduction Model“, *Transfer*, 1996, 2(1), S. 8-23.

- Biffi, G., „Mobil – Flexibel – Qualifiziert. Die Zukunft der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in der Region ‚Hohe Tauern‘“, WIFO-Vorträge, 1998, (81).
- Creighton, C., „The Rise and Decline of the ‚Male Breadwinner Family‘ in Britain“, *Cambridge Journal of Economics*, 1999, 23, S. 519-542.
- Dex, Sh., Joshi, H., „Careers and Motherhood: Policies for Compatibility“, *Cambridge Journal of Economics*, 1999, 23, S. 641-659.
- Dex, Sh., Joshi, H., Macran, S., McCulloch, A., „Women’s Employment Transitions Around Child Bearing“, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, 1998, 60(1), S. 79-98.
- Esping-Andersen, G., „Equality or Employment? The Interaction of Wages, Welfare and Family Change“, *Transfer*, 1995, 2(4), S. 615-634.
- Faßmann, H., „Zeitbudget und familiäre Arbeitsteilung“, in Bundesministerin für Frauenangelegenheiten, Bundeskanzleramt (Hrsg.), *Frauenbericht 1995*, Wien, 1995, S. 36-50.
- Fernandez, R., Rogerson, R., *Sorting and Long-Run Inequality*, NBER Working Papers in Labor Studies, 2000, (W 7508).
- Folbre, N., „Children as Public Goods“, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Mai 1994, S. 86-90.
- Folbre, N., „Engendering Economics: New Perspectives on Women, Work, and Demographic Change“, in Bruno, M., Pleskovic, B. (Hrsg.), *Annual World Bank Conference on Development Economics 1995*, The World Bank, Washington, D.C., 1996, S. 127-156.
- Franz, A., „Familienarbeit und ‚Frauen-BIP‘“, *Statistische Nachrichten*, 1996, (1), S. 40-47.
- Fux, B., Pfeiffer, Ch., „Ehe, Familie, Kinderzahl: Gesellschaftliche Einstellungen und individuelle Zielvorstellungen“, in Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.), *4. Österreichischer Familienbericht: Familie zwischen Anspruch und Alltag*, Wien, 1999, S. 62-92.
- Galor, O., Neil, D. N., „The Gender Gap, Fertility and Growth“, *American Economic Review*, 1996, 86(3), S. 374-387.
- Hersch, J., Stratton, L. S., „Housework, Wages, and the Division of Housework Time for Employed Spouses“, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Mai 1994, S. 120-125.
- Jacobsen, J. P., *The Economics of Gender*, Blackwell, Cambridge MA, 1994.
- Kapeller, D., et al., *Hemmnisse der Frauenerwerbstätigkeit*, Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, 1996.
- Lutz, H., Pimminger, I., „Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in den Maßnahmen für Arbeitslose“, in Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Hrsg.), *Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Umsetzung des arbeitsmarktpolitischen Ziels im Europäischen Sozialfonds in Österreich*, Wien, 1999, S. 9-47.
- Neumark, D., Postlewaite, A., „Relative Income Concerns and the Rise in Married Women’s Employment“, *Journal of Public Economics*, 1998, 70(1), S. 157-183.
- Rubery, J., Fagan, C., *Chancengleichheit und Beschäftigung in der Europäischen Union*, Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, Wien, 1998.
- Waldfogel, J., „Understanding the ‚Family Gap‘ in Pay for Women with Children“, *Journal of Economic Perspectives*, 1998, 12, S. 137-156.

Women Torn between Parenting and Gainful Employment – Summary

In its guidelines for Member State’s employment policies the European Union enumerates among its targets increased employment rates for women. Achieving this target has meanwhile become important also because of future demographic developments: in order to productively cope with the challenge of an ageing population, it is indispensable to build up, maintain and develop human resources. An underlying condition to achieving this end is to efficiently use the human capital provided by women.

Already in the past decades, it was mainly women with children whose growing inclination to pursue a gainful employment made it possible to boost employment rates (among married women in their main working age, with children under 15, the labour force participation rate grew by 23 percentage points between 1981 and 1997). In contrast to this group, most other groups showed declining participation rates: among the young because of the trend towards longer education and training, among the old because of the increasing trend towards early retirement.

Family obligations are of much greater importance for a woman’s decision to enter the labour market than for men. The gender-specific segmentation of paid and unpaid work results in a framework that in turn leads to

worse conditions faced by women in their gainful employment and to an inefficient allocation of resources.

Women with children are particularly liable to accept „downward“ job mobility or restricted career opportunities in order to reconcile their professional and family life. Women with children working at full-time jobs are more frequently employed in lower-qualified jobs and more rarely in higher-qualified jobs than childless women. Part-time jobs held by women with children are even more frequently of the lower-qualified type than full-time jobs.

Against this background, the report analyses the issue of economic factors determining women’s fertility decisions and the labour force behaviour of women with children, listing some mechanisms which contribute to the relatively low ranking of women in the labour market. The purpose of the report is to highlight theoretical and analytical factors, on which an intensified future empirical research on the subject should be based. It concentrates on issues which require more detailed analysis in order to provide an insight into the impact of different political approaches upon labour supply decisions of women and their fertility rate.